

Die Grünen Schweiz – Geschichte und Organisation

Inhaltsverzeichnis

Willkommen bei den Grünen	3
Geschichte der Grünen in der Schweiz	4
Entstehung und Gründung	4
Die Konsolidierung der Grünen Partei der Schweiz (GPS)	4
Wechselhafte Jahre zwischen 1991 und 1995	5
Die Entwicklung der Schweizer Grünen 1996 - 2003	5
Seit 2003: Die Grünen auf Erfolgskurs	6
Chronik	7
Organisation	10
Delegiertenversammlung	10
Vorstand	10
Geschäftsleitung	10
Sekretariat	10
Grüne Fraktion im Parlament	12
Wahlen und Fraktionsbildung	12
Politische Arbeit	12
Mitglieder der Grünen Fraktion	13
Grüne in Kantonalparteien	16
Grüne in kantonalen und kommunalen Regierungen	18
Die Europäischen Grünen	19
Gründung und Strukturen	19
Die Leitprinzipien der europäischen Grünen	19
Europäische Grüne – über die EU hinaus	19
Die Grünen in der Welt	20
Amerika, Afrika und Pazifik	20

IMPRESSUM

Grüne Partei der Schweiz
Waisenhausplatz 21
3011 Bern
Tel 031-312 66 60
Fax 031-312 66 62
www.gruene.ch
gruene@gruene.ch
PC 80-26747-3

AutorInnen: Felix Wirz, Hanspeter Bigler, Gabriela Bader, Hubert Zurkinden
Aktualisiert: März 2010

Willkommen bei den Grünen

Die Grüne Partei der Schweiz ist eine junge Partei. 1983 gegründet, sind die Grünen heute die stärkste der nicht im Bundesrat vertretenen Parteien. Im Gegensatz zu anderen neu gegründeten Parteien, die einige Jahre nach dem rasanten Start gleich wieder in der Versenkung verschwinden, zeigen sich die Grünen als langfristiges politisches Projekt.

Die Grundidee der grünen Politik ist in der Wahlplattform 2007 wie folgt festgehalten:

**„ökologisch konsequent – wirtschaftlich nachhaltig - sozial engagiert –
global solidarisch“**

Grüne Politik überzeugt: bei den nationalen Wahlen 2007 erzielten die Grünen bezüglich Stimmenanteil das beste je erreichte Ergebnis. Mit 9.6% Stimmenanteil (7.4% im Jahr 2003) erzielten sie 20 Sitze (+7 gegenüber 2003) im Nationalrat. Zum ersten Mal ziehen die Grünen mit zwei Sitzen in den Ständerat ein. Ab Dezember 2007 vertreten 22 ParlamentarierInnen die grünen Anliegen in Bern. Der grünen Fraktion angeschlossen haben sich zwei Vertreter kleinerer Parteien (CSP und PdA), somit zählt die grüne Fraktion 24 Mitglieder.

Dieses gute Resultat und die zahlreichen Wahlerfolge auf kantonaler und lokaler Ebene motivieren die Grünen Schweiz, sich weiterhin für eine ökologische, soziale und weltweit solidarische Schweiz einzusetzen.

Das Engagement der Grünen beschränkt sich dabei nicht nur auf die Arbeit in Parlamenten und in kantonalen und städtischen Regierungen. Die Grünen nutzen auch die direktdemokratischen Mittel wie Initiative und Referendum, um neue Vorschläge einzubringen oder Fehlentwicklungen zu verhindern.

Auch in Zukunft werden die Grünen mit ihren Reformvorschlägen zukunftsweisende und praktikable Wege zur Durchsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung, zur Überwindung der Armut, zu einer solidarischen Aussenpolitik und für die bessere Beteiligung aller EinwohnerInnen an den demokratischen Prozessen aufzeigen. Die vorliegende Dokumentation gibt einen Einblick in die grüne Bewegung, die hinter diesem Engagement steht.

Geschichte der Grünen in der Schweiz

Entstehung und Gründung

Am Anfang der Geschichte der Grünen Partei der Schweiz steht eine Autobahn. Die Neuenburger Gemeindebehörden hatten Ende der 60er Jahre beschlossen, dass die N5 dem Seeufer entlang durch das Stadtgebiet verlaufen sollte. Alle Parteien von links bis rechts unterstützten das Projekt, doch eine BürgerInnengruppe lancierte eine Petition gegen den geplanten Autobahnbau und sammelte in drei Monaten 5000 Unterschriften. Da aber die politischen Institutionen der Stadt am Projekt festhielten und keine Möglichkeit zu einem Referendum bestand, gelangten die AutobahngegnerInnen zu der Überzeugung, dass sie nur über eine Vertretung in den Gemeindebehörden zum Erfolg gelangen konnten. So wurde im Dezember 1971 der *Mouvement populaire pour l'environnement (MPE)* gegründet, welcher aus Freisinnigen, Liberalen und SozialdemokratInnen bestand, die aus Unzufriedenheit über das Autobahnprojekt aus ihren Parteien ausgetreten waren. Im Mai 1972 beteiligte sich der MPE mit einer 16köpfigen Liste an den Gemeindewahlen. Der MPE gewann auf Anhieb acht von 41 Sitzen im Gemeindeparlament und wurde hinter den SozialdemokratInnen und Freisinnigen drittstärkste Partei in der Stadt Neuenburg.

Der Wahlerfolg der Neuenburger erregte in der ganzen Westschweiz grosses Aufsehen. Bereits für die Gemeindewahlen vom November 1973 präsentierte sich in der Waadt eine ähnliche Organisation. Der *Mouvement populaire pour l'environnement vaudois (MPE)* eroberte in Lausanne 5.6% der Stimmen und fünf Sitze im Gemeindeparlament; in den Vorortgemeinden kamen weitere 15 Sitze hinzu. Die Nachfolgeorganisation des MPE, der *Groupement pour la protection de l'environnement (GPE)*, hielt 1977 Einzug in die Lausanner Stadtexekutive. Doch viel mehr Furore machten die Waadtländer Grünen zwei Jahre später, als sie bei den Nationalratswahlen 6.4% erreichten und mit Daniel Brélaz den ersten grünen Abgeordneten nach Bern schicken konnten.

Auch in der Deutschschweiz wurden in vielen Kantonen ab Ende der 70er Jahre grüne Parteien und Gruppierungen gegründet. Am erfolgreichsten waren dabei die *Grüne Partei Kanton Zürich* und die *Freie Liste Bern*, welche schon 1983 ein Nationalratsmandat eroberten. Die Freie Liste Bern schaffte 1986 sogar den Einzug zweier KandidatInnen in den Berner Regierungsrat.

Anfang der 80er Jahre existierten bereits in den meisten Kantonen grüne Parteien, doch fehlte eine nationale Dachorganisation. Ende 1982 wagten Vertreter der Demokratischen Alternative Bern

(DA!) im Hinblick auf die Nationalratswahlen 1983 den Versuch, eine Vielzahl von grünen Parteien, Bewegungen und Gruppierungen in einer nationalen Koordination zu einigen. Sie luden alle interessierten Kreise zu einer Diskussion über die Idee einer nationalen Allianz nach Bern ein. Die Verhandlungen begannen am 15. Januar 1983 und brachten vorübergehend ein vielfältiges Spektrum von ökologischen Gruppierungen an einen Tisch.

Die Beratungen scheiterten aber am 7. Mai an Differenzen zwischen gemässigten und links-alternativen Gruppen. Die VertreterInnen der gemässigten Grünen Parteien von Genf und Zürich sowie der GPE Waadt und der MPE Neuenburg verliessen die Verhandlungen und gründeten zusammen mit der Grünen Partei Nordwestschweiz am 28. Mai 1983 in Freiburg die *Föderation der grünen Parteien der Schweiz (GPS)*. Zwei Wochen später gründeten auch die links-alternativen Grünen ihre Föderation unter dem Namen *Grüne Alternative Schweiz (GRAS)*.

Die grüne Föderation erreichte bei den Nationalratswahlen vom 23. Oktober 1983 1.7% der Stimmen und drei Sitze. Später kam nach dem Beitritt der Freien Liste Bern ein vierter hinzu. Die Grüne Alternative hingegen ging bei den Wahlen mit 0.8% leer aus.

Die Konsolidierung der Grünen Partei der Schweiz (GPS)

In der Folge erlebte die «Föderation der grünen Parteien der Schweiz» einerseits Erweiterungen um neue Mitgliedgruppen und andererseits eine organisatorische Verfestigung. So kamen bis zu den Wahlen 1987 zu den fünf Gründungssektionen weitere vier kantonale Parteien hinzu: drei neugegründete (*Grüne Partei Thurgau*, *Freie Liste Bern* und *Movimento ecologista ticinese*) sowie die *Demokratische Alternative Bern*, die von der Grünen Alternative zur Föderation übertrat. Ihre organisatorische Konsolidierung zeigte die Föderation 1986 durch die Änderung des Namens in *Grüne Partei der Schweiz (GPS)* an. Die Wahlen 1987 brachten beiden grünen Gruppierungen einen massiven Stimmenzuwachs: die GPS erreichte mit 5.1% neun Sitze im Nationalrat, das *Grüne Bündnis Schweiz (GBS)*, wie sich die Grün-Alternativen nun nannten, erhielt je einen Sitz im Aargau und Baselland. Der Aargauer Nationalrat trat der Fraktion der Grünen Partei der Schweiz bei.

Nach 1987 nahm die Entwicklung beider grüner Organisationen einen unterschiedlichen Verlauf. Das *Grüne Bündnis Schweiz* entschied sich für eine Sammelbewegung der grünen Parteien mit den Resten der progressiven und sozialistischen Organisationen in der Schweiz. Intern war aber

diese Entscheidung umstritten. Ein Teil des GBS strebte eine engere Zusammenarbeit mit der GPS an. Eine Schlüsselrolle nahmen diejenigen Kantonalparteien ein, welche bereits einen Nationalratssitz erobert hatten oder welche sich für die nächsten Wahlen grosse Chancen ausrechnen konnten. Diese Gruppe um die Grünen Aargau, die Grünen Bündnisse von St. Gallen und Luzern sowie später auch die Grünen Baselland wollte eine Annäherung, wenn möglich sogar eine Fusion mit der GPS. Dies vor allem, weil sie für eine gemeinsame grüne Fraktion im Nationalrat votierten und gegen eine Verbindung mit den *Progressiven Organisationen Schweiz (POCH)* oder der *Partei der Arbeit (PdA)*. Ihnen gegenüber stand eine Reihe von GBS-Mitgliedern, welche aus ideologischen Gründen Distanz zur GPS und Nähe zu linken Gruppierungen wahren wollten.

Ab Februar 1988 fanden Fusionsgespräche zwischen beiden grünen Organisationen statt. Sie scheiterten aber im Mai 1990. Bereits zuvor waren die Grünen Aargau vom Grünen Bündnis zur Grünen Partei übergetreten und hatten damit ein Signal gesetzt. Nun traten in rascher Folge die Grünen Baselland sowie die Grünen Bündnisse von St. Gallen und Luzern zur GPS über. Damit stand das Grüne Bündnis Schweiz vor der Auflösung. Einige Sektionen konnten zumindest kantonale Bedeutung behalten.

Wechselhafte Jahre zwischen 1991 und 1995

Bei den Nationalratswahlen 1991 vermochte die GPS ihren Stimmenanteil weiter zu steigern und erreichte mit 6.1% 14 Sitze. Im Gegensatz dazu brach das grünalternative Spektrum ein und erreichte mit 1.5% nur noch einen Sitz (*FraP! Zürich*). Zu diesen Wahlen waren die grünalternativen Gruppen sowie die übrig gebliebenen POCH-Sektionen unter der Bezeichnung *Die Andere Schweiz (DACH)* angetreten.

Im September 1993 änderte die Partei ihren Namen in *Grüne - Grüne Partei der Schweiz* und erhielt ein neues Erscheinungsbild. Die Namensänderung war Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins. Die Grüne Partei der Schweiz nutzte ihre Vormachtstellung im ökologischen Sektor zur raschen Profilierung. Erstmals in ihrer Parteigeschichte wagten die Grünen 1991 die Lancierung eines eidgenössischen Referendums gegen die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT). Hauptkritikpunkte waren die mangelnde Finanzierung, die Überkapazitäten sowie die nicht gesicherte Umlagerung des Schwerverkehrs. Zwar scheiterte das Referendum an der Urne, doch die Partei hatte ein deutliches Zeichen auf der nationalen Politbühne gesetzt, das die zweite NEAT-Vorlage stark beeinflusste.

Nicht nur durch ihre Kritik an der NEAT, sondern auch durch ihre Ablehnung der Beitritte zum Internationalen Währungsfonds (IWF), zur Weltbank und zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) exponierte sich die Partei im Jahr 1992 stark. Vor allem die Frage der europäischen Integration führte auch zu internen Meinungsverschiedenheiten, insbesondere zwischen den Sprachregionen. Die Deutschschweizer Grünen standen dem EWR mehrheitlich ablehnend gegenüber, weil sie negative ökologische Konsequenzen und den Verlust demokratischer Mitbestimmungsrechte befürchteten. Die Mehrheit der Grünen in der Romandie wollte Probleme gemeinsam in Europa angehen und akzeptierte den EWR trotz seiner Mängel als Zwischenschritt im Integrationsprozess. Die europapolitischen Wogen glätteten sich aber zusehends. In den Jahren 1994/1995 steuerte die Partei schliesslich mehrheitlich auf einen integrationsfreundlichen Kurs und unterstützte seither die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union (EU).

In den Nationalratswahlen 1995 erlebte die Grüne Partei der Schweiz einen harten Rückschlag. Sie erreichte zwar 5.0% der Stimmen, doch aufgrund von Proporzpech verlor sie sechs ihrer bisherigen Sitze und behielt nur noch deren acht. Das grünalternative Lager hielt 1.5% und eroberte durch das Grüne Bündnis Bern einen Sitz.

Die Entwicklung der Schweizer Grünen 1996 - 2003

Mit der Einreichung der beiden eidgenössischen Volksinitiativen «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» und «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» im Mai 1996 bewiesen die Grünen ihre Initiativfähigkeit. Die zwei Initiativen stellten das grüne Konzept für eine sozial-, wirtschafts- und energiepolitische Wende dar. Mit einer ökologischen Steuerreform und der Sicherung der Finanzierung der AHV auf der einen Seite sowie einer Flexibilisierung des Rentenalters auf der anderen Seite strebten die Grünen die Verwirklichung einer zukunftsfähigen Schweiz an.

Die zwei grünen Initiativen kamen 2000 und 2001 zur Abstimmung. Die Initiative „Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frauen und Männer“ wurde von 46 Prozent der Stimmenden unterstützt, in den lateinischen Kantonen fand sich dafür sogar eine Mehrheit. Etwas weniger erfolgreich schnitt die Initiative „Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!“ ab (77,1% Nein).

1999, also noch bevor die beiden Initiativen vors Volk kamen, fanden nationale Wahlen statt. Die Grünen erreichten 5% der Wählerstimmen und konnten ihre neun Sitze halten. Mit Hugo Fasel, Mitglied der Christlich-Sozialen Partei, kam die Fraktion auf 10 Mitglieder. Keine Sitzgewinne also

für die Grünen, aber eine Konsolidierung der grünen Kräfte auf nationaler Ebene.

Im Laufe der darauf folgenden Jahre haben die Grünen ihre Position auf der kantonalen Ebene stark ausbauen können. Besonders gut gelang dies in der Romandie, wo VertreterInnen der Grünen viele Sitze in kommunalen und kantonalen Parlamenten gemacht haben, aber auch in den Regierungen von Städten und Kantonen Einsitz nahmen.

Seit 1998 sind die Grünen am Bundesgericht vertreten.

Seit 2003: Die Grünen auf Erfolgskurs

In verschiedenen Kantonen begannen sich just im Wahljahr junge Grüne zu formieren, die sich im Herbst 2003 auch national vernetzten und in einzelnen Kantonen mit eigenen Listen für die Nationalratswahlen kandidierten.

Bei den nationalen Wahlen im Herbst 2003 bestätigten die Grünen Ihre Position als stärkste Nichtregierungspartei. Mit 7,4% Stimmenprozent und 13 Sitzen gehörten die Grünen zu den Gewinnerinnen dieser Wahlen. Die 1999 verlorenen Sitze in den Kantonen Aargau und Zürich konnten zurück gewonnen werden, in den Kantonen Waadt und Zürich kam je einen Sitz dazu.

Auch in kantonalen Wahlen legten die Grünen seit 2003 kontinuierlich zu. Sie gewannen zahlreiche Sitze in kantonalen Parlamenten und sind nun mit rund 200 Mandaten in kantonalen Parlamenten vertreten (Stand: März 2009).

Auch bei den Exekutivwahlen standen die Grünen auf der Gewinnerseite: In den Kantonen Aargau (Susanne Hochuli), Bern (Bernhard Pulver), Basel-Stadt (Guy Morin), Neuenburg (Fernand Cuche), Nidwalden (Leo Odermatt) und in der Waadt (François Marthaler) konnten sie je ein Mandat erobern, in Genf sogar deren zwei (David Hiler und Michèle Künzler). Zurzeit haben die Grünen in 6 Kantonsregierungen 8 Regierungsratssitze. Dazu kommen zwei Sitze der „Alternative Zug“ (Manuela Weichelt, Patrick Cotti) (Stand: März 2010).

Der Erfolgskurs der Grünen ist bei den nationalen Wahlen 2007 auf nationaler Ebene gefestigt. Mit 9.6% der Stimmen (KandidatInnenliste nur in 17 Kantonen) erobern sie 20 Sitze (+7) im Nationalrat und gewinnen erstmals 2 Sitze im Ständerat.

Chronik

Dezember 1971: In Neuenburg wird zur Verhinderung eines Autobahnprojektes die erste regionale grüne Partei der Schweiz gegründet.

Mai 1972: Die Neuenburger Grünen gewinnen bei den Wahlen in das Gemeindeparlament von Neuenburg acht Sitze. Erstmals nehmen Schweizer Grüne Einsitz in einem Parlament.

November 1977: Jean-Claude Rochat wird in den Conseil municipal von Lausanne gewählt. Es ist der erste grüne Sitz in einer Gemeinderregierung.

Oktober 1979: Mit Daniel Brélaz wird der erste Grüne in den Nationalrat gewählt. Er ist auch weltweit der erste Grüne in einem nationalen Parlament.

28. Mai 1983: Verschiedene grüne Gruppierungen aus der ganzen Schweiz schliessen sich in Freiburg zur *Föderation der Grünen Parteien der Schweiz* zusammen.

Juni 1983: Die links-alternativen Grünen gründen in Bern die *Grüne Alternative Schweiz*.

Oktober 1983: Die Grünen erzielen bei den Nationalratswahlen vier Sitze, einen weniger als für die Bildung einer Fraktion notwendig wäre.

April 1986: Mit der Wahl von Leni Robert und Benjamin Hofstetter in den Regierungsrat des Kantons Bern sind die Grünen erstmals in einer kantonalen Regierung vertreten.

Oktober 1987: Die Grünen steigern in den Nationalratswahlen ihren Sitzanteil auf 11 Sitze und werden damit fünftgrösste Partei und grösste Nichtregierungspartei. Sie bilden erstmals eine Grüne Fraktion im Nationalrat.

25. Oktober 1987: Die *Grüne Partei der Schweiz* wird Mitglied der Europäischen Grünen.

Juni 1989: Werner Schaffitz wird in Rickenbach ZH als erster grüner Gemeindepräsident der Schweiz gewählt.

Mai 1990: Die Fusionsgespräche zwischen den beiden nationalen grünen Organisationen scheitern. Die Grüne Partei der Schweiz bleibt nach den Beitritten von Sektionen der alternativen Grünen faktisch die einzige nationale grüne Partei in der Schweiz.

September 1991: Die Grünen ergreifen erstmals ein Referendum. Die Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) werden bekämpft, weil die Umlagerung auf die Schiene nicht garantiert wird, die Finanzierung nicht gesichert ist und das Projekt überdimensioniert ist.

Oktober 1991: Die Grünen ziehen neu mit 14 Vertreterinnen und Vertretern in den Nationalrat ein.

November 1994: Die Grünen lancieren erstmals eidgenössische Volksinitiativen. Mit der Initiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit

besteuern» soll eine ökologische Steuerreform durchgeführt werden. Die Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» wird auf die Erhöhung des Frauenrentenalters im Rahmen der 10. AHV-Revision reagiert.

Oktober 1995: In den Nationalratswahlen verlieren die Grünen 5 ihrer bisher 14 Sitze. Durch den Eintritt weiterer Ratsmitglieder erhöht sich die Grösse der Fraktion auf 10, später auf 11 Mitglieder.

Mai 1996: Die Initiativen «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» sowie «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» werden mit je rund 120'000 Unterschriften eingereicht.

Januar 1997: Philippe Biéler, Regierungsrat in Kanton Waadt, übernimmt als erster Grüner das Präsidium einer Kantonsregierung.

Juni 1997: Der Grüne Thomas Merkli wird in einer Kampfwahl als Ersatzrichter ans Bundesgericht gewählt. Die Grünen halten damit erstmals Einsitz im Bundesgericht.

März 1998: In Illnau-Effretikon (ZH) wird mit Martin Graf der erste grüne Stadtpräsident der Deutschschweiz gewählt.

Dezember 1998: Thomas Merkli wird als erster Grüner zum hauptamtlichen Bundesrichter ernannt.

Mai 1999: Verena Diener ist die erste grüne Frau, die zur Regierungspräsidentin eines Kantons gewählt wird.

Oktober 1999: Die Grünen halten ihre neun Sitze. Wiederum schliesst sich der CSP-Nationalrat Hugo Fasel der Fraktion an, die somit 10 Mitglieder umfasst.

November 2000: Die erste Grüne Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frauen und Männer» gelangt zur Abstimmung. 46% der Stimmentenden unterstützen die Initiative, in den lateinischen Kantonen wird die Initiative sogar angenommen!

Dezember 2000: Cécile Bühlmann kandidiert für den Bundesrat und macht im ersten Wahlgang das zweit-beste Resultat.

Dezember 2001: Über die Initiative «Für eine gesicherte AHV -Energie statt Arbeit besteuern!» wird an der Urne abgestimmt. Sie wird mit 77,1% Nein - Stimmen verworfen.

Februar 2003: Die Grünen lancieren zusammen mit anderen Organisationen die Volksinitiative «Für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft».

24. Mai 2003: Mit einem Fest im Hotel Theater National in Bern feiern die Grünen das 20-jährige Jubiläum ihrer Partei.

Frühling 2003: Die Grünen beteiligen sich an der Lancierung der Initiative „für eine soziale Einheitskrankenkasse“.

Sommer 2003: Im Vorfeld der Nationalratswahlen formieren sich in verschiedenen Kantonen junge Grüne, die sich im September 2003 auch national vernetzen.

September 2003: Die Initiative «Für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» wird mit über 100'000 Unterschriften eingereicht.

Oktober 2003: Die Grünen sind massgeblich beteiligt am Zustandekommen des Referendums gegen das Steuerpaket. Das neue Steuergesetz sieht Begünstigungen für reiche Familien sowie HausbesitzerInnen vor. In Anbetracht der finanziellen Lage des Bundes ist es für die Grünen unverständlich, dass Steuergeschenke an Reiche verteilt werden.

Oktober 2003: Bei den nationalen Wahlen gewinnen die Grünen 4 Sitze dazu. Neben den 13 grünen Mitgliedern bilden Hugo Fasel von der Christlich-Sozialen Partei und Josef Lang, Mitglied der Sozialistisch-Grünen Alternative, die 15-köpfige Fraktion.

Am **20. März 2004** findet die erste Mitgliederversammlung der Jungen Grünen Schweiz mit 70 TeilnehmerInnen aus allen vier Sprachregionen statt. (Alle Informationen zu den Jungen Grünen Schweiz unter www.junggruene.ch).

16. Mai 2004: Die Steuerpaketvorlage wird vom Stimmvolk mit 65,9% abgelehnt. Auch ein Erfolg für die Grünen, die massgeblich zum Zustandekommen des Referendums beigetragen haben.

August 2004: Die Fraktion sisiert die Mitgliedschaft des grünen Nationalrats Martin Bäumle, der mit der Zürcher Gesundheitsdirektorin Verena Diener in Abspaltung zur Zürcher Kantonalpartei eine eigene Partei mit dem Namen Grün-Liberale Zürich gründet.

9. Dezember 2004: Die Initiative „für eine soziale Einheitskrankenkasse,“ wird mit 113'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Grünen hatten die Initiative mitlanciert.

27. November 2005: Die Gentechfrei-Initiative, die die Grünen mitlanciert haben, wird mit 55,7% angenommen! Das ist ein grossartiger Erfolg und ein unmissverständliches Ja der Schweizer Bevölkerung zu einer gentechfreien Landwirtschaft mindestens für die nächsten fünf Jahre, während der das Moratorium wirkt.

Dezember 2005: Das neue Ausländergesetz und das revidierte Asylgesetz werden vom Parlament verabschiedet. Die Grünen haben sich immer gegen die beiden diskriminierenden und unmenschlichen Gesetze ausgesprochen und übernehmen im 2XNein-Komitee, das das Referendum gegen das Ausländergesetz lanciert

und auch das Asylgesetz bekämpft, eine führende Rolle.

6. April 2006: Die beiden Referenden sind zu Stande gekommen! Die Grünen Schweiz, gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen, deponieren über 85'000 Unterschriften gegen das Ausländergesetz und über 120'000 Unterschriften gegen das Asylgesetz. Die beiden Referenden kommen am 24. September 2006 zur Abstimmung.

Sommer 2006: Ende Juni hat ein breites Bündnis, dem auch die Grünen angehören, die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten lanciert. "Wir Grüne lehnen den Export von Kriegsmaterial ab, weil wir grundsätzlich gegen das Geschäft mit Krieg und letztlich mit Zerstörung und Tod sind", begründete unsere Präsidentin, Ruth Genner, das Engagement der Grünen.

Oktober 2006: Die Grünen unterstützen das Referendum gegen die 5. IV-Revision. Wir sind nicht bereit, eine Revision anzunehmen, die den Druck und das Misstrauen gegenüber Menschen mit einer Behinderung erhöht.

Oktober 2006: In Genf findet der 2. Kongress der Europäischen Grünen Partei statt, an dem über 30 grüne Parteien aus ganz Europa das Dokument „Visionen für ein grünes Europa“ diskutieren und verabschieden.

27. Februar 2007: Die Jungen Grünen lancieren die Stopp-Offroad Initiative für eine menschenfreundliche und nachhaltige Mobilität.

Mai 2007: Mangels politischen Willens des Gesetzgebers effiziente Massnahmen gegen die Klimaerwärmung zu ergreifen, lancieren die Grünen mit anderen Organisationen die Klimainitiative, die eine 30% Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2020 verlangt.

Juni 2007: In den Kantonen Schwyz und Graubünden werden Grüne Parteien gegründet.

Juli 2007: Teilnahme an der Ausarbeitung und Lancierung der Landschaftsinitiative „Raum für Mensch und Natur“.

3. September 2007: Die Grünen unterstützen die Initiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“.

21. September 2007: Die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten wird bei der Bundeskanzlei mit 109'530 Unterschriften eingereicht.

Oktober 2007: Grosser Sitzgewinn der Grünen bei den nationalen Parlamentswahlen. 9.6% der Stimmen, 20 Sitze im Nationalrat (+7) sowie zwei erste Sitze im Ständerat.

Anfang November 2007: Innert nur 5 Monaten kommt die Klimainitiative mit mehr als 120'000 Unterschriften zustande.

1. Dezember 2007: An der Delegiertenversammlung in Binningen BL

beschliessen die Delegierten, dass die Grünen von nun an den grundsätzlichen Anspruch auf einen Bundesratssitz stellen. Die DV nominiert Ständerat Luc Recordon als Gegenkandidaten zu Christoph Blocher.

12. Dezember 2007: Die Gegenkandidatur der Grünen führt dazu, dass die andern Parteien gegen Christoph Blocher mobil machen. Die Grünen ziehen am Wahltag ihren Kandidaten zugunsten von Eveline Widmer-Schlumpf zurück. Christoph Blocher wird abgewählt, Widmer-Schlumpf als neue Bundesrätin gewählt.

19. Februar 2008: Die Klimainitiative wird bei der Bundeskanzlei eingereicht und gibt dem Schweizer Stimmvolk die Möglichkeit selber über die nationale Klimapolitik zu bestimmen.

26. April 2008: Nach sechs Jahren tritt Ruth Genner als Parteipräsidentin zurück. Als Nachfolger werden an der DV in Yverdon Ueli Leuenberger zum neuen Präsidenten, Franziska Teuscher und Aline Trede als Vizepräsidentinnen gewählt.

23. August 2008: Die Grünen Schweiz feiern in Biel ihr 25jähriges Jubiläum.

25. Oktober 2008: Die Grünen lancieren an einer Sonder-DV in Baden die Anti-Atom-Kampagne um neue Atomkraftwerke zu verhindern.

30. November 2008: In Aargau wird Susanne Hochuli in den Regierungsrat gewählt. Damit sind die Grünen (Zug incl.) in 8 Kantonen mit 10 Personen (2 Frauen, 8 Männer) in der Kantonsregierung.

20. März 2009: Zusammen mit dem VCS und andern Organisationen lancieren die Grünen die Initiative „für den öffentlichen Verkehr“.

26. April 2009: In Neuenburg wird Fernand Cuche nicht mehr in die Kantonalregierung gewählt.

30. April 2009: Therese Frösch tritt als Fraktionschefin nach fast vierjähriger Amtszeit zurück. Nachfolgerin wird Maya Graf BL.

13. Juni 2009: An der Delegiertenversammlung in Solothurn wird die Alternative Kanton Zug Vollmitglied der Grünen. Damit sind alle alternativ-grünen Parteien Mitglied der Grünen Schweiz.

7. März 2009: In Nidwalden tritt Leo Odermatt aus der Kantonsregierung zurück.

16. Mai 2009: Der Vorstand der Grünen Schweiz bestimmt eine Co-Leitung für das Generalsekretariat. Gewählt wurden Miriam Behrens, bisherige stv. Generalsekretärin der Grünen, und Yann Golay, Pressesprecher der Schweizerischen Flüchtlingshilfe. Die beiden treten ihr Amt am 1. September an. Sie folgen auf Hubert Zurkinden, der auf Ende August 09 zurücktritt.

19. September 2009: Die Delegierten-Versammlung verabschiedet ein Mandat zur Überprüfung einer Volksinitiative für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft (Green New Deal).

22. März 2010: Die Grünen beschliessen eine Unterstützung der SP-Initiative "Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien (Cleantech-Initiative)"

30. März 2010: Die Grünen lancieren zusammen mit einem breiten Bündnis gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung das Referendum.

8. Mai 2010: Das bisherige Präsidium – Ueli Leuenberger, Präsident, und Franziska Teuscher und Aline Trede, Vize-Präsidentinnen – wird für eine weitere zweijährige Amtszeit von der Delegiertenversammlung bestätigt.

Organisation

Die Grüne Partei der Schweiz (Grüne) umfasst heute 22 Kantonalparteien. In vier Kantonen gibt es Grüne Parteien im Beobachterstatus. Wer Mitglied bei den Grünen werden will, kann einer kantonalen Partei beitreten. Die kantonalen Parteien wiederum sind Mitglied bei den Schweizer Grünen.

Die Grüne Partei der Schweiz weist eine föderalistische Struktur auf. Schliesslich ist sie als Zusammenschluss von bereits existierenden Kantonalparteien entstanden. Die grünen Kantonalparteien bestimmen selbst, wie sie sich organisieren - die schweizerische Partei hat darauf keinen Einfluss. Deshalb haben die Grünen, je nach Kanton, unterschiedliche Organisationsformen, unterschiedliche Erscheinungsbilder und manchmal sogar verschiedene Namen. Das neue Logo mit der Bezeichnung «Grüne» (Les Verts, I Verdi, La Verda) bildet eine Klammer in dieser Vielfalt.

Organe der Grünen Partei der Schweiz

Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung (DV) ist das oberste Organ der Schweizer Grünen. Sie findet drei- bis viermal jährlich in jeweils einem anderen Kanton statt und behandelt die grundlegenden politischen Fragen. Die Programmplattform, Positionspapiere, Abstimmungsparolen usw. werden von den Delegierten diskutiert und beschlossen. Die Delegiertenversammlung wählt zudem die Präsidentin bzw. den Präsidenten (oder ein Co-Präsidium) und kann die Statuten revidieren.

Die Delegiertenversammlung ist das grösste Organ der Grünen Partei der Schweiz: Jede Kantonalpartei hat Anrecht auf mindestens zwei Delegierte. Je nach Grösse (Wahlergebnis, Anzahl Mitglieder) erhöht sich die Anzahl der Delegierten einer Kantonalpartei. Die Mitglieder der eidgenössischen Parlamente und des Vorstandes sind ebenfalls stimmberechtigt. Insgesamt umfasst die DV ungefähr 260 Delegierte.

Vorstand

Der Vorstand koordiniert die Aktivitäten der Grünen und nimmt Stellung zu aktuellen Fragen im Rahmen der von der Delegiertenversammlung verabschiedeten Programmplattform und Positionspapiere. Er beruft die Delegiertenversammlung ein und legt deren Traktandenliste fest. Er wählt die Geschäftsleitung, die VizepräsidentInnen sowie den/die GeneralsekretärIn. In dringenden Fällen kann er die Unterstützung von Referenden sowie bei klarer Unterstützung seitens der Kantonalparteien auch Initiativen unterstützen. Der Vorstand trifft sich 6 bis acht mal an einem Samstag in Bern.

Jede Kantonalpartei verfügt über eine Vertreterin oder einen Vertreter im Vorstand. Grössere Kantonalparteien können zwei Personen delegieren. Die Grünen Frauen Schweiz, die Präsidentin oder der Präsident sowie die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident der Grünen Fraktion der Bundesversammlung sowie der Rechnungsführer sind ebenfalls im Vorstand vertreten. Bis zu fünf weitere Personen können direkt durch die Delegiertenversammlung gewählt werden. Nationalrätinnen und Nationalräte der Grünen können an den Sitzungen teilnehmen, haben aber kein Stimmrecht.

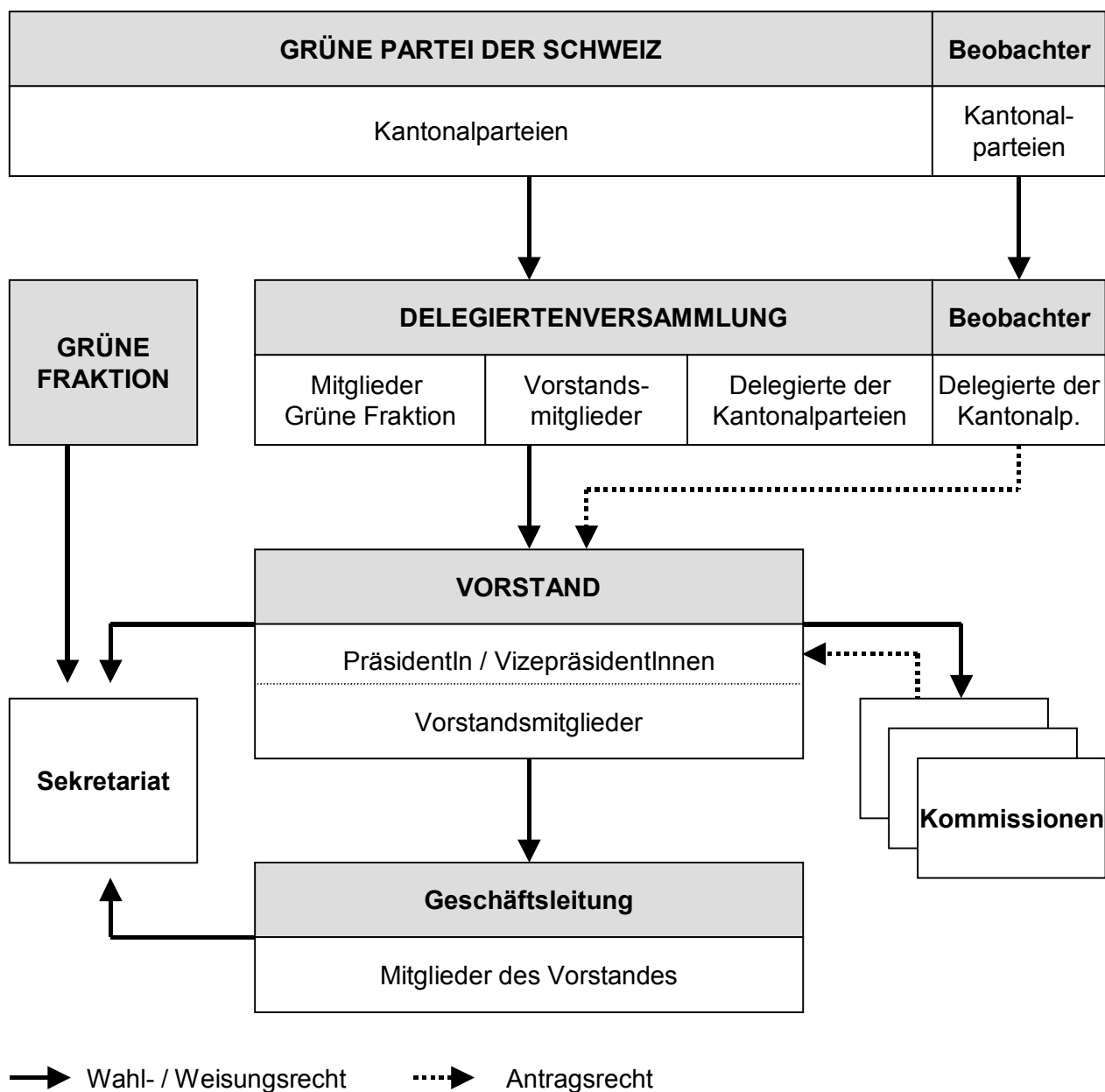
Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung wurde 1997 neu geschaffen, um die Funktionsfähigkeit der Partei zu verbessern. Sie kümmert sich um organisatorische und operationelle Fragen und bereitet die Vorstands-Sitzungen vor. Sie wird vom Vorstand gewählt und umfasst gemäss Statuten zwingend die Parteipräsidentin oder den Parteipräsidenten sowie die Generalsekretärin oder den Generalsekretär. In der gegenwärtigen Zusammensetzung gehören ihr auch die Präsidentin der Grünen Fraktion der Bundesversammlung an.

Sekretariat

Der Vorstand hat mehrere Personen angestellt, welche die Sitzungen der Delegiertenversammlung und des Vorstandes vorbereiten und dafür besorgt sind, dass deren Beschlüsse auch ausgeführt und veröffentlicht werden. Sie stellen Drucksachen und Unterlagen zusammen und geben den Medien und Interessierten Auskunft über die politischen Ideen der Grünen.

Da die Grünen eine junge Partei sind, welche nicht von grossen und finanzkräftigen Firmen und Verbänden getragen wird, sind die finanziellen Möglichkeiten beschränkt. Das Sekretariat ist dementsprechend wesentlich kleiner als diejenigen der Regierungsparteien. Seit dem 1. Februar 2009 arbeiten auf dem nationalen Sekretariat 7 Personen bei einem Anstellungsgrad von 500 Prozent. Verstärkt wird das Team durch eine/n PraktikantIn.



Name:

28.05.1983 (Fribourg): Föderation der grünen Partei der Schweiz (GPS). 24.05.86 (Genf): Grüne Partei der Schweiz (GPS). 04.09.93 (Winterthur): Grüne - Grüne Partei der Schweiz.

ParteipräsidentIn:

28.05.83 (Fribourg) - 16.11.85 (La Chaux-de-Fonds) Laurent Rebeaud (GE). 16.11.85 (La Chaux-de-Fonds) - 18.12.86 (Rücktritt) Monica Zingg (BE-GFL). 17.01.87 (interimistisch) - 21.03.87 (Serpiano) Laurent Rebeaud (GE). 21.03.87 (Serpiano) - 27.10.90 (Lenzburg) Peter Schmid (TG). 27.10.90 (Lenzburg) - 10.10.92 (Basel) Irène Gardiol (VD). 10.10.92 (Basel) - 01.07.95 (Bern) Verena Diener (ZH). 01.07.95 (Basel) - 25.10.97 (Brunnen) Hanspeter Thür (AG). 25.10.97 (Brunnen) -

27.10.01 (Frauenfeld) Ruedi Baumann (BE-GFL). 27.10.01 (Frauenfeld) - 10.01.04 (Biel) Ruth Genner und Patrice Mugny. 10.01.04 (Biel) Ruth Genner. Seit 26.04.08 (Yverdon) Ueli Leuenberger

VizepräsidentInnen:

09.09.89 - 27.10.90 Irène Gardiol (VD). 17.11.90 - 31.10.91 Monika Stocker (ZH). 03.10.92 - 27.08.94 Jean-Paul Berthoud (NE). 09.09.89 - 27.08.94 Luzius Theiler (BE-GPB). 27.08.94-24.10.99 Adrian Schmid (LU). 27.08.94 - 08.12.01 Erica Hennequin (JU). 10.1.04 Ueli Leuenberger (GE). Seit 26.04.08 Franziska Teuscher (BE) und Aline Trede (BE).

Grüne Fraktion im Parlament

Wahlen und Fraktionsbildung

Mitglieder der beiden eidgenössischen Räte mit gleicher Parteizugehörigkeit schliessen sich zu Fraktionen zusammen. Um eine Fraktion bilden zu können, sind mindestens fünf ParlamentarierInnen nötig. Stellt eine Gruppierung weniger Abgeordnete, bleiben diese fraktionslos oder schliessen sich einer Fraktion mit ähnlicher politischer Ausrichtung an. Die Fraktionszugehörigkeit ermöglicht den ParlamentarierInnen den Einsitz in den verschiedenen ständigen Kommissionen der beiden eidgenössischen Räte und damit eine vollumfängliche Beteiligung am Gesetzgebungsprozess.

Seit 1979 setzen sich Grüne ParlamentarierInnen im Nationalrat für eine ökologische, soziale und weltoffene Politik ein – für eine zukunftsfähige Schweiz. Die kleine Grüne Gruppe im Bundeshaus blieb vorerst fraktionslos. Nach den erfolgreichen Nationalratswahlen des Jahres 1987 konnte erstmals eine Grüne Fraktion gebildet werden. Nun hielten auch die Grünen Einzug in die ständigen Kommissionen des Nationalrates und konnten damit gleichberechtigt an der gesetzgeberischen Tätigkeit des eidgenössischen Parlamentes teilnehmen.

Die Wahlen 1991 brachten der Grünen Fraktion einen weiteren Zuwachs. Dank vier Sitzgewinnen umfasste die Fraktion neu 14 NationalrätInnen. Vier Jahre später verzeichneten die Grünen dagegen einen Einbruch. Auf Listen der Grünen Partei der Schweiz wurden acht NationalrätInnen wieder gewählt. Drei weitere Personen erklärten sich bereit, in der Grünen Fraktion mitzuarbeiten, womit die Fraktion wieder auf elf Mitglieder anwuchs. Die Grünen gingen mit der LdU-EVP-Fraktion eine (unverbindliche) Fraktionsverbindung ein, um bei der Verteilung der Kommissionssitze eine bessere Ausgangslage zu haben.

Die Grüne Partei konnte bei den nationalen Wahlen von 1999 ihre bisherigen neun (8 Grüne Schweiz, 1 Grünes Bündnis Bern) Sitze halten. Durch die Mitarbeit einer weiteren Person, wuchs die Grüne Fraktion auf 10 Mitglieder an.

Bei den Wahlen 2003 wurden die Grünen als stärkste Nichtregierungspartei bestätigt und konnten ihre Sitzanteile im Nationalrat um 4 Mandate vergrössern. Den bisherigen Stimmenanteil von 5% wurde bei den Wahlen 2003 auf 7,4% erhöht. Die Fraktion besteht somit aus dreizehn grünen NationalrätInnen (sieben

Frauen, sechs Männer), sowie zwei weiteren Ratsmitgliedern. Dass den Grünen Gleichstellung schon immer selbstverständlich war, zeigt sich unter anderem auch darin, dass die Grüne Fraktion als einzige Fraktion im Parlament über eine Frauenmehrheit verfügte.

Oktober 2007: Die kontinuierliche Progression der Grünen in den Kantonen und den Gemeinden zwischen 2003 und 2007 wird bestätigt. Mit 9.6% der Stimmenanteile auf nationaler Ebene (wobei sie nur in 17 Kantonen zur Wahl antraten), haben die Grünen 20 Sitze im Nationalrat errungen (+7) und sind erstmals im Ständerat mit 2 Sitze vertreten. Aufgrund weiterer Zuzüge (je ein Vertreter der CSP und der PdA) setzt sich die grüne Fraktion für die Legislaturperiode 2007-2011 aus 24 Mitgliedern zusammen. Die Parität zwischen Frauen und Männern ist mit 10 NationalrätInnen, im Vergleich zur letzten Legislaturperiode, nicht ganz erreicht worden.

Politische Arbeit

Die Grüne Fraktion ist heute die grösste Nichtregierungsfraktion und die einzige links der Regierungskonkordanz. Sie beteiligt sich aber selbstverständlich bei vernünftigen Kompromissen mit dem offenen Teil der bürgerlichen Mehrheit. Das ist konstruktive Opposition. Insbesondere zu ökologischen Themen stellen die Grünen aber auch immer wieder radikale Fragen. Somit zeigen sich bei der Arbeit im Parlament verschiedene Konstellationen:

- Die Grünen gehören, zusammen mit der Sozialdemokratischen Fraktion, zum rotgrünen Drittel des Nationalrates. Dieses Drittel ist eine der häufigsten Koalitionen bei den Abstimmungen im Rat. Leider keine mehrheitsfähige, aber eine, die Druck auf die Vorlagen macht und im Sinne der Grünen Verbesserungen erzielt.
- Am zweithäufigsten ist die Grüne Fraktion Teil einer «Koalition der Vernunft», welche dank dem Zusammengehen dieses rotgrünen Drittels mit dem offeneren Teil der beiden bürgerlichen Parteien CVP und FDP mehrheitsfähig ist. In dieser Koalition sind die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA), die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs und das Fortpflanzungsmedizinengesetz sowie die Mutterschaftsversicherung mehrheitsfähig geworden. So konnte auch die neue Bundesverfassung durchgebracht werden. Es kommt also nicht selten vor, dass die Grünen

als Oppositionspartei vernünftige Entscheide der Regierungskoalition mittragen helfen.

- Es gibt auch die Variante, dass die Grünen praktisch allein gegen den Rest antreten, was bei radikalen ökologischen Anliegen der Fall ist: Zum Beispiel bei der Gen-Schutz-Initiative und bei der Kleinbauern-Initiative sowie bei der ökologischen Steuerreform. Bei solch grundsätzlichen und kompromisslosen Vorlagen stehen die Grünen oft als einzige

Fraktion geschlossen da und werden lediglich von Teilen der SP unterstützt.

Die Grüne Fraktion im Nationalrat ist eine der aktivsten unter der Bundeshauskuppel. Gegen 300 Vorstösse der Grünen Fraktion wurden in der Legislaturperiode 1999/2003 eingereicht oder behandelt. Damit ist die Grüne Fraktion in allen Sachthemen präsent.

Mitglieder der Grünen Fraktion

Im Ständerat seit Dezember 2007

Robert Cramer

Genf (GE), Rechtsanwalt. Genfer Staatsrat seit 1997.

Im Nationalrat

Marlies Bänziger

Winterthur (ZH), Primarlehrerin. Verfassungsrätin Kanton Zürich 2000 – 2005. Co-Präsidentin der Grünen Kanton Zürich seit 2004. Seit 2007 im Nationalrat.

Daniel Brélaz

Lausanne (VD), diplomierte Mathematiker ETHL, Lizenziat in Mathematik der UNIL. Exekutivmitglied von Lausanne von 1989 bis 2001 und Stadtpräsident seit 2001. Grossrat von 1978 bis 1979 und seit 1990. Nationalrat von 1979 bis 1989 und seit 2007.

Therese Frösch

Bern (BE), Sozialarbeiterin. Seit 1992 Mitglied der Exekutive der Stadt Bern, bis 2003 als Finanzdirektorin, seit 2003 Direktorin für Soziale Sicherheit. Nationalrätin seit 2003.

Katharina Prelicz-Huber

Zürich (ZH), Sozialarbeiterin. Kantonsrätin von 2002 bis 2008. Seit 2008 Nationalrätin.

Yvonne Gilli

St. Gallen (SG), Ärztin. Co-Präsidentin der Grünen St. Gallen, Kantonsrätin von 2004 bis 2007, Gemeinderätin von 2000 bis 2005. Im Nationalrat seit 2007.

Luc Recordon

Lausanne (VD), Rechtsanwalt. Nationalrat von 2003 bis 2007.

Bastien Girod

Zürich (ZH), Dipl. ETH Umweltnaturwissenschaftler, Doktorand ETH zur Ökobilanz.

Vorstandsmitglied der Jungen Grünen. Im Nationalrat seit 2007.

Maya Graf

Sissach (BL), dipl. Sozialarbeiterin HFS, Nationalrätin seit 2001.

Alec von Graffenried

Bern (BE), Rechtsanwalt, direkter für Nachhaltige Entwicklung bei Losinger AG. Regierungsstatthalter von Bern von 2000 bis 2007. Im Nationalrat seit 2007.

Antonio Hodgers

Genf (GE) diplomiert am 'institut universitaire d'études du développement'. Verantwortlich für zwei Unternehmen sowie engagiert in nachhaltiger Entwicklung, Delegierter seit 1997. Gewählt in den Nationalrat 2007.

Francine John-Calame

Le Bas-du-Cerneux (NE), Sozialarbeiterin und Mediatorin. Grossrätin von 1993-2002, seit 2005 im Nationalrat.

Anita Lachenmeier

Basel (BS), Lehrerin. Delegierte und Präsidentin der Grünen Basel-Stadt seit 1997. Nationalrätin seit 2007.

Josef Lang

Zug (ZG), Dr. phil., Berufsschullehrer. Nationalrat seit 2003.

Ueli Leuenberger

Genf (GE), Sozialarbeiter/Berater. Präsident der Grünen . Nationalrat seit Juni 2003.

Geri Müller

Baden (AG), Kulturvermittler. Nationalrat seit 2003.

Louis Schelbert

Luzern (LU), lic. phil, Sekretär Luzerner Gewerkschaftsbund. Luzerner Grosser Rat von 1991 bis 2006. Nationalrat seit 2006.

Christian van Singer

La Croix sur Lutry (VD), Physiker, Nachdiplomstudium in Energie an der EPFL. Delegierter seit 2000 und Nationalrat seit 2007.

Franziska Teuscher

Bern (BE), Biologin. Nationalrätin seit 1995. Vizepräsidentin der Grünen.

Wer sitzt in welcher Kommission:

www.parlament.ch

Anzahl Mitglieder in der Grünen Fraktion

1979-1983:* 1, 1983-1987:* 4 [3], 1987-1991: 10 [11], 1991-1995: 14, 1995-1999: 10 [11], 1999-2003 : 10, 2003-2007: 15 [14], 2007-2011: 22/24 (*=Grüne Fraktionslose, []=Veränderung innerhalb der Legislatur)

PräsidentInnen der Grünen Fraktion

1988-1989: Laurent Rebeaud (GE). 1990-1991: Rosmarie Bär (BEGFL). 1992-1993: Hanspeter Thür (AG). 1994-2005: Cécile Bühlmann (LU). 2005-2009: Therese Frösch (BE). 2009-2010: Maya Graf (BL). Seit 7. Dezember 2010: Antonio Hodgers (GE).

VizepräsidentInnen der Grünen Fraktion

1988-1989: Rosmarie Bär (BE-GFL), 1990-1991: Laurent Rebeaud (GE), 1992-1993: Cécile Bühlmann (LU), 1994-1995: Hanspeter Thür (AG), 1995-2005: Pia Hollenstein (SG). 2005-2007: Anne-Catherine Menétrey-Savary (VD). Seit 2007: Luc Recordon (VD) und Brigitt Wyss (SO)

Adèle Thorens

Lausanne (VD), lic. phil., Nachdiplomstudium in Umweltpolitik und Nachhaltigkeit bei der IDHEAP. Mitglied der Legislative in Lausanne von 2002 bis 2007. Im Nationalrat seit 2007.

Dani Vischer

Zürich (ZH), selbständiger Rechtsanwalt. Nationalrat seit 2003.

Brigitt Wyss

Solothurn (SO), Juristin. Delegierte und Gewählte im Nationalrat seit 2007.

Weber-Gobet Marie-Thérèse (Christlichsoziale Partei CSP)

Schmittlen (FR), lic.phil. I, Journalistin/Medienbeauftragte. Nationalrätin seit Dez. 2008 als Nachfolgerin von Hugo Fasel.

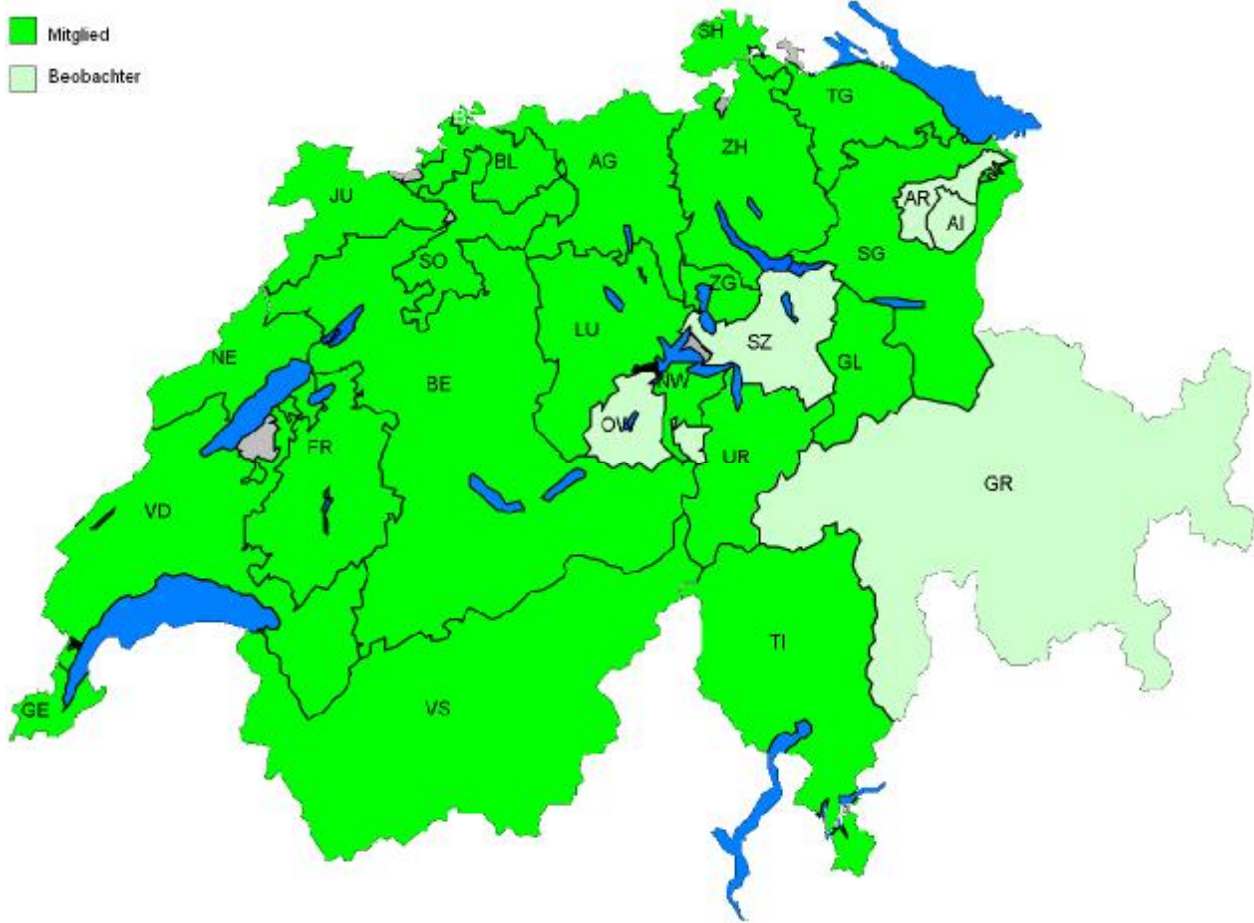
Josef Zisyadis (Partei der Arbeit der Schweiz)

Lausanne (VD), Theologe, Sekretär der PdA & Gauche en mouvement (waadtländische Sektion der PdA). Nationalrat seit 2007. Ist der grünen Fraktion im November 2007 beigetreten.

Frühere Mitglieder der Grünen Fraktion

1979-1989 Daniel Brélaz (VD), 1983-1986 Arnold Müller (ZH), 1983-1986 et 1991-1995 Leni Robert (BE-GFL), 1983-1994 Laurent Rebeaud (GE), 1986-1991 Lukas Fierz (BE-GFL), 1987-1991 Monika Stocker (ZH), 1987-1994 Rudolf Hafner (BE-GFL), 1987-1995 Rosmarie Bär (BE-GFL), 1987-1995 Peter Schmid (TG), 1987-1998 Verena Diener (ZH), 1987-1998 Hanspeter Thür (AG), 1987-1999 Hans Meier (ZH), 1989-1994 Irène Gardiol (VD), 1990-1991 Susanne Leutenegger Oberholzer (BL), 1991-1995 Marguerite Misteli (SO), 1991-1999 Magrith von Felten (BS), 1994-1995 Fabienne Bugnon (GE), 1994-1995 Verena Singeisen (BE-GFL), 1994-1999 Roland Ostermann (VD), 1999 Kathrin Kuhn (AG). 1991-2001 Ruth Gonseth (BL) 1999-2003 Patrice Mugny (GE), 1991-2003 Ruedi Baumann (BE-GFL), 2003-2004 Martin Bäumlé (ZH), 1999-2005 Fernand Cuche (NE), 1991-2006 Cécile Bühlmann (LU), 1991-2006 Pia Hollenstein (SG), 1999-2007 Anne-Catherine Menétrey (VD), 2006-2007 Urs Bernhardsgrütter (SG), 1998-2008 Ruth Genner (ZH), 1991-2008, Hugo Fasel.

Grüne in Kantonalparteien



Mitglieder: **AG:** *1983 Grüne Aargau, Beitritt 1988. **BE (1):** *1983 Freie Liste Bern, Beitritt 1984, ab 1997 Grüne - Freie Liste (GFL). **BE (2):** *1976 Demokratische Alternative Bern (DA!), Beitritt 1986, ab 1989 Grüne Partei - DA, 1990 Zusammenschluss mit POCH-Grünen zur Grünen Partei Bern, 1991 Bestätigung der Mitgliedschaft. **BE(3):** *1987 Grünes Bündnis Bern, Beitritt 2002. **Grüne Kanton Bern *2006:** Zusammenschluss der Grünen Freien Liste mit dem Grünen Bündnis Bern (auf kantonaler Ebene) **BL (1):** *1979 Grüne Partei Nordwestschweiz, Gründungsmitglied, ab 1985 Grüne Partei BS/BL, ab 1987 Grüne Partei Baselland, 1991 Zusammenschluss mit Grünen Baselland und Grüner Liste Baselland zu Grüne Baselbiet, Beitritt 1991, Auflösung 2000. **BL (2):** *1994 Freie Grüne Liste Baselland (FGL) als Abspaltung von den Grünen Baselbiet, Beitritt 1995. **BS (1):** *1979 Grüne Partei Nordwestschweiz,

Gründungsmitglied, ab 1985 Grüne Partei BS/BL, ab 1987 Grüne Partei Baselstadt, 1988 Zusammenschluss mit Grüner Alternative zur

Grünen Partei (GP/GAB), 1991 Zusammenschluss mit Grüne Mitte zur Grünen Partei Basel-Stadt, Beitritt 1991. **BS(2):** *1995 Basels starke Alternative BastA!, Beitritt 2004 **FR:** *1985 Parti écologiste fribourgeois, Beitritt 1987, 1990 Zusammenschluss mit «Ecologie et Solidarité» zu «Grüne & Solidarität» (im Beobachterstatus), Beitritt 1999. Seit Juni 2003 Grüne Freiburg, Les Verts fribourgeois. **GE:** *1983 Parti écologiste genevois, Gründungsmitglied, ab 1994 Les Verts - Parti écologiste genevois. **GL:** *1987 Glarner Umweltgruppen (GUG), Beitritt 1988, später Umbenennung in Grüne Glarus. **JU:** *1991 Mouvement écologiste jurassien,

Beitritt 1993. **LU:** *1987 Grünes Bündnis Luzern, Beitritt 1990, ab 2008 Grüne Luzern. **NE:** *1971 Mouvement populaire pour l'environnement (MPE), Gründungsmitglied, ab 1984 Les Verts Ecologie et Liberté. **NW:** *1982 Demokratisches Nidwalden (DN), Beitritt 2005; ab 2009 Grüne Nidwalden. **SG:** *1988 Grünes Bündnis St. Gallen, Beitritt 1991, ab 1993 Grüne Kanton St. Gallen. **SH (1):** *1991 Ökoliberale Bewegung Schaffhausen (ÖBS) als Zusammenschluss zwischen Umweltforum Schaffhausen und Jungliberaler Bewegung Schaffhausen, Beitritt 1995. **SH (2):** *1987 Grünes Bündnis Schaffhausen **SO:** *1990 Grüne Kanton Solothurn, Beitritt 1993. **SZ:** *1979 Kritisches Forum Ibach, ab 1983 Kritisches Forum Schwyz, Beitritt 1989, Umbenennung in Grüne Kanton Schwyz, Auflösung 1999. Juni 2007 Neugründung Grüne Schwyz. **TG:** *1983 Grüne Partei des Kantons Thurgau, Beitritt 1984. **TI (1):** *1984 Movimento ecologista ticinese (MET - I Verdi), Beitritt 1985, Ausschluss 1991. **TI (2):** *1990 Movimento dei verdi ticinesi (I Verdi Ticinesi), 1994 Zusammenschluss mit Svolta ecopolitica (SVEPO) und MET - I Verdi zu I Verdi, Beitritt 1994. **VD:** *1973 Mouvement pour l'environnement vaudois (MPE), ab 1974 Groupement pour la protection de l'environnement (GPE), Gründungsmitglied, 1997 Zusammenschluss mit ASV - Les Verts alternatifs zu Les Verts - Mouvement écologiste vaudois und Bestätigung der Mitgliedschaft bei den Grünen Schweiz. **VS:** Parti écologiste valaisan, Beitritt 2004. **ZH:** *1978 Grüne Partei des Kantons Zürich (GPZ), Gründungsmitglied, ab 1994 Grüne Kanton Zürich. **UR:** *1994 Grüne Bewegung Uri, Beitritt 2008 als Grüne Uri. **ZG:** *2005 Alternative Kanton Zug, Beitritt 2009.

Beobachter: **AR:** *2005 Grünes Appenzellerland (GRAL), Beobachter seit 2005. **GR:** *2007 Grüne Graubünden, Beobachter seit 2007. **SZ:** *2007 Grüne Schwyz, Beobachter seit 2007.

(*Gründungsjahr)

Grüne in kantonalen und kommunalen Regierungen

Grüne in kantonalen Regierungen

AG: Susanne Hochuli (gewählt am 30. 11. 2008), Sozial- und Gesundheitsdepartement. Patricia Schreiber-Rebmann (gewählt am 30.3.2010), Grossratspräsidentin.

BE: Bernhard Pulver (gewählt am 9.4.2006) Erziehungsdepartement.

BS: Guy Morin (28.11.2004) Justizdepartement.

GE: David Hiler (9. 10. 2005) Département des finances
Michèle Künzler (15.11.2009) Département de l'intérieur et de la mobilité.

SG: Kantonsrat : Susanne Hoare, Meinrad Gschwend, Guido Wick, Silvia Kündig

VD: François Marthaler (2003), Département des infrastructures.

ZG: Manuela Weichelt-Piccard (2007), Direktion des Inneren ; Patrick Cotti (2007), Direktion für Bildung und Kultur

Grüne in lokalen Regierungen

In untenstehender Liste sind nur diejenigen Exekutivmitglieder aufgeführt, die einer mittleren oder grösseren Gemeinde vorstehen. Für genaue Angaben zu Exekutivmitgliedern auch in kleineren Gemeinden empfehlen wir, mit den grünen Kantonalparteien Kontakt aufzunehmen.

AG: Christoph Brun (2005), Stadtrat Brugg. Geri Müller (2005), Vize-Amann Baden. Christiane Guyer (2011), Stadträtin Zofingen.

BE: Regula Rytz Regula (2004), Gemeinderätin, Departement für Planung, Verkehr und Stadtgrün Bern. Barbara Schickert (2008), Gemeinderätin Biel. François Contini (2004), Gemeinderat Biel. Andrea Probst (2008), Stadtrat Burgdorf.

BL: Lukas Ott (2000), Stadtrat Liestal.

GE: François Baertschi (2004), Conseiller administratif, responsable de l'aménagement du territoire, des affaires sociales et de l'Agenda 21, Petit-Lancy. Patrice Mugny (2003), Conseiller administratif, responsable des affaires culturelles Genève.

LU: Ruedi Meier (2000), Stadtrat /Sozialdirektor Luzern. Cyrill Wiget (2004), Stadtrat Kriens.

NW: Peter Steiner (2006), Gemeinderat Stans

SG: Rahel Würmli, Stadträtin Rapperswil-Jona.

SH: Thomas Feurer (1996), Stadtrat, Sozialreferent Schaffhausen.

SO: Brigit Wyss (2005), Solothurn. Iris Schelbert-Widmer (2009), Stadtrat Olten.

TI: Rolando Bardelli (2008), Gemeinderat Balerna

VD: Daniel Brélaz (1989), Syndic (2002). Béatrice Métraux (2002), Conseillère municipale, Bottens Lausanne. Jean-Yves Pidoux (2006), Conseiller municipal Lausanne. Cédric Pillonel (2006), Conseiller municipal Yverdon. Jacques Delaporte (1996), Conseiller communal Montreux. Tinetta Maystre (2006), Conseillère municipale Renens. Olivier Mayor (2006), Conseiller municipal Nyon. Jean-François Maire (2006), Conseiller municipal Pully. Antoine Wasserfallen (2006), Moudon. Sylvie Morel-Podio (2008), Morges. Thierry Rochat, Conseiller municipal Brenles. Paul-Henri Marguet, syndic, La Chaux. Bernard Dufour, Conseiller municipal, La Chaux. Luc Recordon, Conseiller municipal, Jouxens-Mézery. Jean-François Righetti, Conseiller municipal, Onnens. Pierre-Georges Gay, Conseiller municipal, Prévelanges. Fabrice de Icco, syndic, Romainmôtier.

VS: Jean-Pascal Fournier (2001), Conseiller communal Sion. Christophe Clivaz (2009), Conseiller communal Sion. Camille Carron (2001), Conseiller communal Fully. Arnaud Zufferey (2008), Conseiller communal Sierre. Daniel Morisod (2009), conseiller communal Collombey-Muraz.

ZH: Matthias Gfeller (2006), Stadtrat Winterthur. Martin Graf (1998), Stadtpräsident Illnau-Effretikon. Mathias Christen (2002), Stadtrat Kloten. Ruth Genner (2008), Stadträtin Zürich, Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, Zürich. Daniel Leupi (2010), Stadtrat Zürich. Kerstin Knebel (2002) Gemeinderätin Rheinau. Rico Croci (2006), Gemeinderat Wald, Kaspar Günthardt (1996), Gemeinderat Dällikon.

Grüne an den Bundesgerichten

Bundesgericht Lausanne / Luzern:

Bundesrichter/innen Thomas Merkli, Florence Aubry Girardin, Brigitte Pfiffner Rauber.

Nebenamtliche Bundesrichterin: Stephen V. Berti.

Bundesstrafgericht Bellinzona: Daniel Kipfer, Nathalie Zufferey

Bundesverwaltungsgericht Bern/St.Gallen:

Emilia Antonioni, Muriel Beck Kadima, Michael Peterli, Franziska Schneider, Frank Seethaler.

Die Europäischen Grünen

Gründung und Strukturen

Bereits in den sechziger Jahren entstanden erste grüne Gruppierungen. Eigentliche Parteigründungen fanden in den siebziger und achtziger Jahren statt. Die erste nationale grüne Partei entstand 1973 in Grossbritannien. 1979 gelang es dem *Groupement pour la protection de l'environnement* im Kanton Waadt mit Daniel Brélaz den europaweit ersten grünen nationalen Parlamentarier zu stellen. Wahlerfolge in Belgien 1981 und 1982 auf lokaler Ebene sowie 1987 in Italien (13 Sitze im nationalen Parlament) sind weitere Beispiele. Mit dem Einzug in den Bundestag gelang es den deutschen Grünen 1983 mehr als 1 Million Wählende hinter sich zu scharen. Dieser Erfolg zeigte sich in einer erhöhten medialen Wahrnehmung und einem generellen Interesse an grüner Politik in den 80er Jahren und das in vielen europäischen Staaten. Immer mehr grüne Parteien entstanden und somit erhöhte sich das Interesse an einer europäischen Zusammenarbeit. 1983 entstand deshalb in Brüssel die «Europäische Koordination Grüner Parteien» (European Coordination of Green Parties) Gründungsmitglieder waren die Grünen aus Belgien, Frankreich, Grossbritannien, Irland und Schweden. Grüne aus der Schweiz waren von Anfang an dabei und die Grüne Partei Schweiz trat 1987 bei. Die Ereignisse Ende der 80er, anfangs der 90er Jahre verlangten jedoch nach anderen Strukturen und nach einer offiziellen Stimme der europäischen Grünen. Deshalb erfolgte 1993 in Helsinki die Gründung der («Föderation der Europäischen Grünen», (European Federation of Green Parties, kurz European Greens). Rund 10 Jahre später, nämlich im Februar 2004, wurde aus der Föderation eine Partei: In Rom fand der Gründungskongress der European Green Party statt. Auch die Grünen Schweiz sind Mitglied dieser ersten europäischen Partei, der grüne Parteien von 32 Ländern angehören.

Mindestens einmal jährlich führen die Europäischen Grünen eine Delegiertenversammlung (Council) durch, an der die wichtigsten Geschäfte besprochen werden. Alle zwei Jahre findet ein Kongress (Congress) statt, an dem die grundsätzliche Ausrichtung der Europäischen Grünen bestimmt wird. Der Vorstand (Committee) erledigt die laufenden Geschäfte. Ihm gehören die Sprecherin und der Sprecher der Europäischen Grünen, die oder der GeneralsekretärIn, die oder der KassierIn und fünf weitere Personen an.

Die Leitprinzipien der europäischen Grünen

Die Leitprinzipien sind die politische Basis der Föderation der europäischen Grünen:

- Die Grünen setzen sich ein für eine *ökologische Entwicklung*. Die Bestandteile einer grünen Wirtschaft sind ökologische Nachhaltigkeit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. Die ökologische Entwicklung basiert dabei auf Demokratie, Transparenz, Geschlechtergleichheit und dem Recht, am politischen Entscheidungsprozess zu partizipieren.
- Die Grünen streben *globale Sicherheit* an, die nicht alleine militärisch verstanden wird. Grüne Politik konzentriert sich auf die Prävention von bewaffneten Konflikten, das Erfassen der Kriegsgründe und das Entwickeln von Wegen, wie Konflikte friedlich gelöst werden können. Nukleare Entwaffnung und die Kontrolle der Exporte von europäischen Militär- und Nukleartechnologien sind prioritär.
- Die Grünen plädieren für eine neue *Staatsbürgerschaft*. Menschen- und Minderheitenrechte, zivile Rechte von Einwandernden und individuelle Asylrechte sind elementar. Zu den Menschenrechten gehört das Recht auf Gesundheit und auf eine saubere Umwelt, auf den freien Zugang zu Bildung, sozialen Schutz und bezahlte Arbeit.

Europäische Grüne – über die EU hinaus

32 Parteien aus 29 Ländern – von Irland bis Georgien und von Malta bis Finnland – bilden heute die Europäischen Grünen. Während einige Parteien den Einzug in nationalen Parlamente und sogar Regierungen geschafft haben, sind andere Parteien sehr klein. Die Mitgliedschaft steht allen grünen Parteien offen, deren Länder im Europarat vertreten sind oder dort beitreten wollen. Die Zusammenarbeit innerhalb der Grünen Europas wird mit einem Ost-West-Dialog sowie Treffen der Grünen aus dem nordischen und baltischen Raum sowie der Mittelmeerregion vertieft.

Bei den letzten Europawahlen vom 10.-13. Juni 2004 konnten sich die Grünen als viertstärkste Fraktion behaupten und bestätigten den Erfolg von 1999, als sie 10 Sitze hinzu gewannen. Ihre Fraktion im Europäischen Parlament umfasst jetzt 40 von insgesamt 732 Sitzen. Sie zeichnen sich durch ihre Geschlossenheit aus und werden damit gut wahrgenommen. Die Grüne Fraktion im Europaparlament ist Teil der Europäischen Grünen und pflegt eine intensive Zusammenarbeit auch über die Grenzen der EU hinaus.

Mehr Infos :
Europäische Grüne
www.europeangreens.org



Grüne im europäischen Parlament:
www.greens-efa.org

Die Grünen in der Welt

Amerika, Afrika und Pazifik

Das Beispiel der Europäischen Grünen hat zu weiteren Bündnissen angeregt: Nord- und südamerikanische Grüne haben 1997 die «Amerikanischen Grünen» gegründet, 1998 fand ein Gründungs-kongress der «Afrikanischen Grünen» statt. Die australischen Grünen sind bemüht, in den nächsten Jahren eine Föderation der Grünen des pazifischen Raums zu gründen. Im April 2001 schliesslich fand in Canberra, Australien, das «Global Greens 2001» statt, eine Konferenz der Grünen aus allen fünf Kontinenten. Dabei entstand die «Charta der Global Greens», eine Bestimmung darüber, was es bedeutet, im neuen Jahrtausend Grün zu sein. «Global Greens» ist das internationale Netzwerk Grüner Parteien und politischer Bewegungen.

Die schweizerischen Grünen bieten im Internet eine Liste mit Verbindungen zu Grünen aus allen Kontinenten an. Weitere Informationen dazu finden Sie unter:

Mehr Infos:

Global Greens : www.globalgreens.info

